

Walser Perspektiven

Marktkommentar

Bye bye Jamaika: Das Scheitern und die Folgen

Paukenschlag in der deutschen Politik: Nach fünfwöchigen Verhandlungen sind die Sondierungsgespräche über eine Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen gescheitert, nachdem die FDP Sonntagabend die Gespräche abgebrochen hat. Offenbar gab es in den Bereichen Klimaschutz und Flüchtlingspolitik insbesondere zwischen Grünen, CSU und FDP unüberbrückbare Differenzen. Das erste Schwarz-Gelb-Grüne „Jamaika-Bündnis“ auf Bundesebene ist somit Geschichte.

Was nun? Eine Minderheitsregierung aus CDU/CSU und Grünen, Neuwahlen oder doch eine große Koalition? Nachfolgend wollen wir skizzieren, wie es nach dem Scheitern der Sondierung in Deutschland weitergehen kann und eine Einschätzung zu den

möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaft und aus Anlegersicht geben.

Wie geht es weiter?

Nach dem Jamaika-Debakel ist die politische Zukunft Deutschlands ungewiss und die Unsicherheit so hoch wie selten zuvor. Auch wenn zuletzt immer wieder von Neuwahlen gesprochen wurde, ist dies nicht die einzige Option. Grundsätzlich gibt es drei weitere Möglichkeiten:

Denkbar ist auch eine Neuauflage der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Dies gilt derzeit allerdings als unwahrscheinlich. Die SPD hatte sich bereits kurz nach der Bundestagswahl auf die

Oppositionsrolle festgelegt und eine große Koalition kategorisch ausgeschlossen. Denkbar wäre sie allenfalls nach einem Rücktritt von Angela Merkel. Wahrscheinlicher ist aber, dass die SPD einen konzeptionellen und vermutlich auch personellen Neuanfang in der Opposition suchen wird.

Steht die SPD für eine große Koalition nicht zur Verfügung, könnte die CDU/CSU versuchen, eine Minderheitsregierung mit der FDP zu bilden. Mit diesem in anderen Ländern durchaus üblichen Modell hat Deutschland auf Bundesebene jedoch keine Erfahrung. Auf Länderebene hat es eine solche zuletzt in Nordrhein-Westfalen gegeben. Dort hatte sich die Rot-Grüne Regierung allerdings von der Linken als quasi festem Partner tolerieren lassen. So einen festen Partner gäbe es im Bund nicht. Auch aus wirtschaftlicher Sicht wäre eine Minderheitsregierung problematisch. Erstens ist von ihr keine Politik „aus einem Guss“ zu erwarten. Zweitens müsste sie sich jede Zustimmung der anderen Parteien teuer erkaufen. Gerade in politisch unsicheren Zeiten dürfte dieser Spagat dauerhaft kaum gelingen.

Da die SPD wohl weiter nicht für Verhandlungen zur Verfügung steht und eine Minderheitsregierung unter Führung der CDU/CSU als unwahrscheinlich gilt, driftet Deutschland in Richtung Neuwahlen. Der Weg dorthin ist jedoch schwierig, das deutsche Grundgesetz legt dafür hohe Hürden fest. Eine entscheidende Rolle kommt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu. Voraussetzung für Neuwahlen ist in der jetzigen politischen Konstellation eine Kanzlerwahl im Bundestag, bei der kein Kandidat binnen drei

Wahlgängen eine absolute Mehrheit erhält. Der Ball liegt dann beim Bundespräsidenten. Dieser kann entscheiden, ob er den Kandidaten mit der einfachen Mehrheit mit der Regierungsbildung beauftragt – gleichbedeutend mit einer Minderheitsregierung – oder ob er Neuwahlen ausruft, die dann binnen 60 Tagen erfolgen müssten. Gemessen an den jüngsten Umfragen käme es wie nach der Bundestagswahl im September wohl erneut zu schwierigen Mehrheitsverhältnissen.

Bis auf Weiteres wird die bisherige Regierung weiter im Amt bleiben. Solange der Bundespräsident keine Neuwahlen ansetzt, bleibt Kanzlerin Merkel im Amt. Das Grundgesetz sieht hierfür keine zeitliche Begrenzung vor.

Gefährdet die politische Ungewissheit den Aufschwung in Deutschland?

Natürlich ist politische Unsicherheit nie förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Allerdings kann das Scheitern der Jamaika-Verhandlungen für Unternehmen kein allzu großer Schock sein, nachdem sich die kontroversen Sondierungsgespräche unter den Augen der Öffentlichkeit quälende fünf Wochen hinzogen. Darüber hinaus befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer äußerst robusten Verfassung. Der Aufschwung gewinnt im achten Jahr an Stärke und die Stimmung der Unternehmenslenker ist zuversichtlich wie selten. So dürfte die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um rund zwei Prozent wachsen. Damit hat der Wirtschaftsmotor so viel Schwung entwickelt, dass die zahlreichen politisch zu lösenden Probleme die deutsche

Industrie nicht ausbremsen werden. Vielmehr dürften eine anziehende globale Nachfrage sowie die Niedrigzinspolitik der EZB das Wachstum hierzulande weiter anschieben. Die Folgen der politischen Unsicherheit für die deutsche Wirtschaft werden sich demnach in Grenzen halten.

Auswirkungen auf die Finanzmärkte

Vor diesem Hintergrund haben die Finanzmärkte bisher eher gelassen auf den Abbruch der Koalitionsverhandlungen reagiert. Sowohl Aktien- als auch Anleihemärkte zeigen sich kaum verändert. Selbst die Gemeinschaftswährung hat nach anfänglichen Kursverlusten rasch zurück zu alter Stärke gefunden. Die Finanzmärkte scheinen sich der Tatsache bewusst, dass das starke Wachstum in Deutschland und der Eurozone derzeit nicht von einer kurzfristig handlungsfähigen Regierung in Deutschland abhängig ist. Selbst die Aussicht auf Neuwahlen Anfang nächsten Jahres scheint für die Märkte angesichts der Stärke und der Breite des Wirtschaftsaufschwungs verkraftbar. Daher erwarten wir keine nachhaltigen negativen Auswirkungen der sich abzeichnenden langwierigen Regierungsbildung. Eine deutliche Kehrtwende in der bundesdeutschen Politik ist wohl auch im Falle von Neuwahlen nicht zu befürchten. Aus Sicht eines Anlegers mit langfristigem Anlagehorizont und breiter Streuung über mehrere Anlageklassen ergeben sich daher keine Handlungsnotwendigkeiten. Bei aller gebotenen Vorsicht sehen wir die Perspektiven für die weltweite wirtschaftliche Entwicklung insgesamt nach wie vor positiv. Die Weltwirtschaft scheint fundamental stark genug, um die politischen Unruhen zu überwinden.

Rechtliche Hinweise

Dieses Dokument wurde im Auftrag der Walser Privatbank Invest S.A. ausschließlich zu Informationszwecken erstellt und darf nicht als unabhängige Wertpapieranalyse gelesen werden. Die vorliegenden Unterlagen wurden von der Konzernmutter der Walser Privatbank Invest S.A., der Walser Privatbank AG, auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Informationen, intern erstellter Daten und Daten aus weiteren Quellen, die von uns als zuverlässig eingestuft wurden, erstellt. Die Walser Privatbank Invest S.A. hat keine Garantie für die Richtigkeit von Daten erhalten. Alle Aussagen, Angaben, Analysen, Prognosen und Meinungen stellen eine Einschätzung zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dar und können sich jederzeit unangekündigt ändern. Die Walser Privatbank Invest S.A. übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der in dieser Unterlage enthaltenen Daten und Informationen. Die in dieser Unterlage enthaltenen Daten und Informationen dienen ausschließlich dazu, zu

informieren und zu illustrieren und stellen die gegenwärtige Einschätzung der Walser Privatbank Invest S.A. zum Zeitpunkt der erstmaligen Veröffentlichung dieser Unterlage dar. Wenn nicht ausdrücklich anders ausgewiesen, sind die Daten ungeprüft. Die Inhalte sind unverbindlich und stellen keine Empfehlung zum Kauf oder Verkauf dar. Jede Anlageentscheidung bedarf der individuellen Abstimmung auf die persönlichen Verhältnisse (z.B. Risikobereitschaft) des Anlegers. Angaben über die Wertentwicklung beziehen sich auf die Vergangenheit und stellen keinesfalls einen verlässlichen Indikator für die zukünftige Wertentwicklung dar. Ertragsmindernde Provisionen, Gebühren, Steuern oder andere Entgelte werden in der Berechnung nicht berücksichtigt. Währungsschwankungen bei Nicht-Referenzwährungsveranlagungen können sich auf die Wertentwicklung ertragserhöhend oder ertragsmindernd auswirken. Für die Richtigkeit der gemachten Angaben erfolgt keine Gewähr.

Erläuterungen zu den in diesem Dokument verwendeten Fachbegriffen stehen Ihnen im Internet unter www.walserprivatbank.com („Glossar“) in deutscher Sprache ständig zur Verfügung. Die dortigen Erläuterungen unterliegen der regelmäßigen Aktualisierung. Auf Wunsch erhalten Sie diese auch postalisch.



+352 27 69 54-1

Impressum

Walser Privatbank Invest S.A.
2, rue Gabriel Lippmann
5365 Munsbach, Luxemburg
+352 27 69 54-1
info@walserprivatbankinvest.com
www.walserprivatbankinvest.com

Geschäftsführung

Silke Büdinger
Stephan M. Modler
Mag. Regina Reitter, MBA, CMC

Verantwortlich

Markus Kalab
Direktor Marketing
+43 (55 17) 202-3 36
markus.kalab@walserprivatbank.com